

Konfliktbewältigung im zukünftigen Europa

BEITRÄGE ZUM THEMA DES 2. GESPRÄCHS

ANTON BEBLER

Kriege und Konflikte im Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts

Im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts erfuhr Europa so viele Veränderungen, dass diese Zeit mit den dramatischsten Epochen in der neueren Geschichte unseres Kontinents verglichen werden kann. Besonders auffällig ist, dass einschneidende politische Veränderungen nicht nach Kriegen zwischen den Großmächten oder nach einer allgemeinen kontinentalen Katastrophe eintrafen, wie es 1815, 1918 und 1945 der Fall war. Die tiefgreifenden Umwälzungen der europäischen und teilweise auch der weltpolitischen Ordnung spielten sich diesmal friedlich auf der Europa-Ebene und in den betroffenen Staaten ab. Ausnahmen traten in Südosteuropa und an der Peripherie des ehemaligen sowjetischen Imperiums auf.

Die vielleicht größte Überraschung war der außerordentlich schnelle Zusammenbruch einer ganzen Reihe von autoritären, durch Militär und Polizei unterstützten Regimes in Ost- und Südosteuropa und Asien. Als Folge des Zerfalls der Sowjetunion und des Endes des Warschauer Paktes, ging der Wunsch der Mehrzahl der Deutschen nach einer friedlichen Wiedervereinigung zu einem gemeinsamen Staat in Erfüllung. Die tektonischen Bewegungen brachten große und illusorische Hoffnungen mit sich. Illusionen waren die Hoffnung auf Wohlstand, Sicherheit und Frieden. Quasi von selbst sollten diese positiven Zustände aus dem entwickelten, geordneten und reichen Westeuropa auf Osteuropa übergehen. Die Abschaffung der repressiven Polizeiregimes und die Beseitigung der unnatürlichen, durch Stacheldraht und Wachtürme gekennzeichneten Staatsgrenzen sollten erste Schritte in Richtung einer

gutnachbarliche Koexistenz und einer engen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Nationen darstellen. Menschenrechte, eine demokratische politische Ordnung und offene Grenzen sollten vom europäischen Kontinent für immer die Geißeln des Hasses und des Krieges verbannen.

Viele Wissenschaftler und Denker befassten sich mit dem demokratischen bzw. autoritären Charakter von politischen Systemen und mit dem Verhalten der Staaten innerhalb der internationalen Beziehungen. Laut einigen Berechnungen soll 1991 weltweit die Anzahl der Staaten mit einer liberal-demokratischen Ordnung zum ersten Mal in der Geschichte die Anzahl der autoritären Regimes überschritten haben. Seitdem wuchs das Verhältnis zwischen demokratischen Staaten und Staaten mit anderen Staatsordnungen zugunsten der Demokratie weiterhin an. Bringt diese Entwicklung in Europa bessere Aussichten bezüglich der Sicherheit mit sich? Forscher, welche sich mit den internationalen Beziehungen beschäftigen, vertreten nicht einstimmig die Meinung, dass die Friedfertigkeit der demokratischen Staaten im Vergleich zu den autoritären Regimes größer sei. Einige Forscher behaupten kategorisch, dass es zwischen demokratischen Staaten bis jetzt noch nie zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen sei.

Welchen Verlauf nahmen im letzten Jahrzehnt bewaffnete Auseinandersetzungen in der Welt, besonders in Europa? Was sagen uns die Analysen dieser Ereignisse über das Verhältnis zwischen Demokratie und Krieg? Trotz der voranschreitenden Etablierung demokratischer Systeme gibt es weiterhin viele Krisenherde in Asien, Afrika und Lateinamerika. Zu Terrorakten kam es auch in Europa, auf den Staatsgebieten von vier NATO-Mitgliedern, Großbritannien, Frankreich, Spanien und der Türkei und in Kleinasien. Während es zu größten Fortschritten in Richtung Entspannung und Einstellung von Gewalttätigkeiten in Südafrika, Palästina und Zentralamerika kam, wurden im letzten Jahrzehnt Menschen in anderen Gebieten dieser Welt – Ruanda, Burundi, Sudan, Kongo, Liberia, Sierra Leone – von barbarischen Massenmorden, großem Leid und Hungerkatastrophen heimgesucht. Der Sturz korrupter Diktaturen und die demokratische Wende in einigen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stoppten nicht die Wellen der Gewalt. In einigen Fällen waren gerade diese Umwälzungen der Auslöser für neue Gräueltaten und Völkermorde, wie zum Beispiel in Osttimor.

Die bedeutendste Wende in diesem Jahrzehnt zeigte sich im stetigen Rückgang der zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikte. In der letzten Zeit erhöht sich indes die Anzahl der innerstaatlichen bewaffneten Konflikte, somit also auch die Zahl der Bürgerkriege. Eine Studie des Lehrstuhls für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität in Uppsala (Schweden) ergab, dass es in den Jahren 1989 bis 1998 weltweit zu insgesamt 108 größeren kriegerischen Handlungen gekommen ist. Davon gehörten der Kategorie innerer Konflikte ohne fremde Einmischung 92 Konflikte an, darüber hinaus gab es neun innerstaatliche Konflikte mit gleichzeitiger ausländischer Einmischung, und nur sieben zwischenstaatliche Konflikte. In den Jahren 1993 und 1994 ist es sogar zu keinem größeren zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikt

gekommen, während in den Jahren 1991, 1992, 1995 und 1997 jährlich nur ein solcher Konflikt verzeichnet wurde. So könnte man von einem Rückzug der Kriege nur auf der Ebene größerer zwischenstaatlicher bewaffneter Konflikte sprechen.

Was die Gesamtheit aller bewaffneten Konflikte anbetrifft, ist die Lage ganz anders. Es kam zu zahlenmäßigen Veränderungen bei Konflikten, in Hinsicht auf ihre Intensität und ihre räumliche Dimension.

Die Zahl der am wenigsten intensiven Konflikte, mit weniger als 1000 Todesopfern, in jedem, auch mehrjährigem Konflikt, stieg ab 1989. Sie erreichte 1992 ihren Höhepunkt und verringerte sich gegen Ende des Jahrzehnts.

Die Konflikte mittlerer Intensität blieben auf verhältnismäßig gleicher Ebene. Zu dieser Kategorie gehören die Konflikte mit weniger als tausend Kriegsoffern pro Jahr und mehr als tausend im Verlauf des gesamten Konflikts.

In der dritten Kategorie wuchs die Zahl der Kriege bis zum Jahr 1992, ließ in den Jahren 1993 und 1994 erheblich nach und stagnierte bis zum Jahr 1997. Daraufhin wuchs die Menge wieder an und pendelte sich in den Jahren 1998 und 1999 auf einem gleichbleibendem Niveau ein. Zu diesen Kriegen zählten die Forscher aus Uppsala bewaffnete Konflikte, die jährlich mehr als 1000 Opfer forderten.

Ausbrüche von bewaffneter Gewalt auf dem europäischen Kontinent, die den Rahmen der terroristischen Aktivitäten sprengen, wurden zur Zeit der Transition an vereinzelt Randgebieten der damaligen Sowjetunion festgestellt. Die blutigsten Kämpfe tobten in Zentralasien (Tadschikistan), im hinteren Teil des Kaukasus (vor allem in Karabach und Georgien) und im Nordkaukasus (in Tschetschenien). Den bewaffneten Auseinandersetzungen im europäischen Teil der ehemaligen UdSSR (in Litauen und Moldawien) und in Rumänien fielen wesentlich weniger Menschen zum Opfer. Von allen Konfliktherden verursachten die bewaffneten Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen SFRJ das größte Leid und die höchste Zahl an Toten, Verwundeten, Vergewaltigungsoffern und Vertriebenen, sowie die größten Materialschäden. Es wurden in begrenzten Teilen von Kroatien, Bosnien und dem Kosovo grauenhafteste Gräueltaten wie Erniedrigungen, Folterungen, Massensterben und die Verbrennung lebender Menschen verübt. Diese Gräueltaten aber als Bestialitäten zu bezeichnen, wäre wahrhaftig eine Beleidigung der Tierwelt, da Tiere nie zur Ausübung solcher Grausamkeiten in der Lage wären.

Die Vorgänger der ehemaligen SFRJ entstanden unter außerordentlichen militärischen Umständen. Einerseits aus den Trümmern zweier Kolonialimperien, andererseits als Folge der Angst der kleinen südslawischen Völker vor dem deutschen und italienischen Expansionismus. Die Bevölkerung war aufgrund der großen inneren nationalen, religiösen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede sehr sensibilisiert. Dennoch kann das ehemalige Jugoslawien als ein »künstli-

ches Gebilde« mit anderen Staaten, wie der Schweiz oder Belgien, verglichen werden. Von den drei ehemaligen multinationalen sozialistischen Föderationen, UdSSR, CSSR und SFRJ war der Zerfall der SFRJ am gewaltsamsten und am blutigsten. Und dies, obwohl die SFRJ unter allen sogenannten realsozialistischen europäischen Staaten, eines der liberalsten, kommunistischen Regime war und den höchsten Lebensstandard hatte. Ferner war sie weltoffen und stand den Prinzipien der Marktwirtschaft sehr nahe. Außerdem genoss die ehemalige SFRJ große internationale Anerkennung. Ihr Zerfall überraschte viele, auch die Mehrheit der damaligen Jugoslawen. Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens war kein unvermeidbares Naturphänomen, sondern geht aus dem Verhalten, und dem bewussten Kurs der politischen Eliten in den damaligen bedeutendsten Teilrepubliken, vor allem in Serbien und Kroatien, hervor.

Der Wunsch der Massen nach demokratischen Veränderungen und die romantisierte Idee von einem vereinten Europas wirkten sich auf die ehemalige SFRJ äußerst zerstörerisch aus. Die ideologischen Grundlagen des kommunistischen Regimes wurden zerstört. Die Auswirkungen auf einzelne Teile des föderativen Staates waren sehr unterschiedlich. Es wäre nicht in Ordnung, den Demokratisierungsbestrebungen und noch weniger der Demokratie selbst die Rolle des Auslösers der letzten Kriege auf dem Gebiet der ehemaligen SFRJ zuzuschreiben. Dies gilt auch für die bewaffneten Konflikte in den Jahren 1992 – 1995 in Bosnien und Herzegowina und in den Jahren 1998 / 1999 im Kosovo. In beiden Fällen versuchten die Eliten der politisch dominanten, jedoch zahlenmäßig und wirtschaftlich relativ unterlegenen serbischen Gemeinschaften ihre militärische Übermacht zu demonstrieren und die Majorisierung mittels demokratischer Wahlen und den Verlust ihrer zahlreichen Privilegien verhindern. Zur Unterstützung ihrer Politik mobilisierten sie die Massen. Sie nutzen den nationalen und religiösen Hass. Sie manipulierten die Bevölkerung, indem sie Ängste schürten und die Erinnerung an die Vergangenheit wachriefen.

Hätte die internationale Gemeinschaft die menschlichen Tragödien in der ehemaligen SFRJ verhindern können? Vielleicht wäre dies theoretisch möglich gewesen, jedoch hätte es zu dieser Intervention früher kommen müssen und man hätte energisch und gegen den Willen der jugoslawischen Eliten und der Staatsorgane der SFRJ vorgehen müssen. Diese Hypothese erscheint also völlig abwegig.

Hans Arnold:
Der Kosovo-Krieg hat
sein Ziel verfehlt

Ich empfinde die Analyse von Herrn Bebler nicht als demotivierend, sondern als vielleicht ernüchternd. Und man sieht das ja an der Entwicklung mindestens sehr deutlich im Kosovo, wo eine Friedensschaffung stattgefunden hat mit militärischen Mitteln, die aber eindeutig nicht das Ergebnis erbracht hat, dass man sich erhofft hat. Und wenn man sich die Analysen, die das ganze Ereignis von Anfang an öffentlich begleitet haben, vor Augen führt, dann kann man sagen, diese Hoffnung war von Anfang an nicht gegeben.

Als der Zerfall der SFRJ schon erkennbar war, konnte der Westen diesen Prozess nicht mehr stoppen. Dies war weder mit Hilfe des Versprechens einer möglichen EG-Mitgliedschaft, noch mit hohen Krediten, was die Führung der EG erfolglos versuchte, oder mit der Androhung

wirtschaftlicher und politischer Sanktionen möglich. Darüber hinaus hätten die zahlreichen, räumlich zerstreuten, gewalttätigen Straftaten und ethnischen Säuberungsversuche von keiner entsandten Militär- oder Polizeimacht verhindert werden können. Zwei Zahlenangaben verdeutlichen die Vorteile und auch die Beschränkungen einer frühzeitigen, ausländischen Intervention in die organisierten bewaffneten Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung einer anderen Nationalität oder Religion: 10 000–15 000 Albaner wurden 1999 im Kosovo getötet. Zehn- bis fünfzehnmal soviel Menschen wurden in Bosnien und Herzegowina getötet.

Max Maendler:
Europas Ratlosigkeit
deprimiert

Frau Horvath hat Recht, das ist schon deprimierend. Zwei blutige Kriege in den letzten zehn Jahren in Tschetschenien und Jugoslawien und es ist um so deprimierender, da sich in beiden Konflikten die Geschichte wiederholt, zumindest zum Teil, das war ja alles vorher schon mal da, sei es in den letzten zehn oder in den letzten tausend Jahren sogar, wie im Falle von Jugoslawien. Und was auch deprimierend ist, ist die Ratlosigkeit, die jetzt mehrmals angesprochen wurde von Europa oder den Westmächten allgemein, wie die reagieren.

Der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Konflikten liegt sowohl im Verständnis des politischen Wesens der Hauptprotagonisten, welche für die Gewalttaten verantwortlich waren, als auch in der Entschlossenheit, sich deren Politik zu widersetzen, noch bevor sie eine große Flüchtlingswelle in Richtung Westeuropa auslöste.

Wenn man zu den Ergebnissen der historischen Studien über Kriege zurückkehrt, kann festgestellt werden, dass es keine Beweise dafür gibt, dass eine demokratische Ordnung eine der Grundvoraussetzungen für die relativ friedfertige Koexistenz zwischen verschiedenen Staaten wäre. Aus der Geschichte sind zahlreiche Fälle von Veränderungen in der Außenpolitik von Monarchien, Theokratien und auch von aristokratischen Republiken bekannt. Wenn in den demokratischen Systemen mittels moderner Informationsmittel eine Massenmanipulation der öffentlichen Meinung möglich ist, welche Möglichkeiten bieten sich dann erst den Systemen, die sich in einer Übergangsphase zur demokratischen Ordnung befinden? Der gegenwärtige blutige Kolonialkrieg in Tschetschenien macht deutlich, wie sogar eine Massenpsychose durch die Politik kontrolliert ausgelöst werden kann und wie auf deren Grundlage die mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung gewonnen werden kann.

Ferner begünstigt die Weiterentwicklung moderner militärischer Technologien die Gefahr des Missbrauchs dieser Technik durch die Politik. Hierzu zählt die Verbreitung militärischer Raketentechnologien und billiger Massenvernichtungswaffen sowie die Entwicklung vollautomatisierter und ferngesteuerter schwerer Waffensysteme – Flugzeuge, Schiffe, Geschütze, Panzerfahrzeuge usw. Durch den Einsatz dieser Systeme sind die relativ kurzdauernden, aber äußerst zerstörerischen und blutigen Angriffe aus sicherer Entfernung und ohne direkten Kontakt zwischen den Streitkräften erst möglich geworden. Die letzte bewaffnete NATO-Intervention gegen die Bundesrepublik Jugoslawien soll der erste größere zwischenstaatliche Konflikt gewesen sein, bei welchem der Angreifer keinen einzigen Mann auf dem Kriegsfeld ver-

loren hat. Durch die technologische Entwicklung sinkt die politische und institutionelle Hemmschwelle, aufgrund derer sich Demokratien vermeintlich schwerer als autoritäre Regimes zu militärischen Interventionen im Ausland entschließen.

**Hans Arnold:
Friedenszone?**

Eine Friedenszone ist ja nicht eine Zone, in der immer an verschiedenen Stellen Kriege geführt werden, um den Frieden zu sichern, sondern darunter versteht man ja wohl eine Zone, in der insgesamt das Führen der Kriege schwieriger geworden ist und der Frieden gesichert ist, wie wir es ja in Westeuropa in langer Arbeit erreicht haben.

Die Richtigkeit bzw. die Unrichtigkeit der Behauptung einer größeren Friedfertigkeit der demokratischen Staaten ist offensichtlich sehr von der Definition der Schlüsselbegriffe »Demokratie« und »Krieg« abhängig. Die Meinungen über diese Definition gehen aber weit auseinander. Wenn man die angeführte Behauptung als bewiesen annimmt, würde eine Epoche des allgemeinen Weltfriedens nicht eintreten können, solange sich nicht alle militärisch relevanten Staaten demokratischen Prinzipien verschreiben. Davon ist man aber in jedem Fall noch weit entfernt. Da zahlreiche Fälle von kriegerischen Handlungen zwischen demokratischen und undemokratischen Staaten bekannt sind, ist es theoretisch möglich, dass die Zahl der Kriege im 21. Jahrhundert die Zahl der Kriege im 20. Jahrhundert übersteigt. Ein namhafter schweizer Militärexperte gab seiner Abhandlung über die NATO-Schläge gegen die Bundesrepublik Jugoslawien den Titel »Der Krieg ist wieder da«. Seine Schlussfolgerung lautet: »Am Ende des Jahrhunderts sind wir dem Frieden nicht näher gekommen als an dessen Anfang.« Die Vision eines vereinten, demokratischen und friedlichen Europas bleibt also leider weiterhin eine Utopie.

**Werner Weidenfeld:
Die EU hat den
Frieden gesichert**

Wo ist der kriegerische Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich in den letzten 50 Jahren, wo ist der zwischen Spanien und Italien in den letzten Jahrzehnten? In diesem Integrationsraum ist es uns eben gelungen, eine solche politische Leistung zu erbringen, die einen Konfliktregelungsmechanismus zur Verfügung stellt, den wir jetzt in den letzten zwei Tagen trefflich kritisiert haben, aber der jedenfalls diese elementare Leistung erbringt, dass wir in diesem Raum offenbar eine solche politische Stabilität erreicht haben, dass hier eben nicht die Verhältnisse auf dem Kosovo sind oder in andere Regionen. Also im Grunde genommen kann man natürlich schon diese geballte Ladung an Konflikt dramatik, die wir heute früh hier hören und die ich sehr erhellend und sehr wirkungsvoll empfinde, natürlich auch als ein kraftvolles Plädoyer für die europäische Integration verstehen.